

**Rede
von**

Karola Margraf, MdL

zu TOP Nr. 39

Erste Beratung

**Schulabsentismus gemeinsam und präventiv begegnen
- für einen altersgerechten und wirksamen Umgang mit
Schulabsentismus in Niedersachsen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Drs. 19/10911

während der Plenarsitzung vom 25.06.2026
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete!

Stellen Sie sich eine Jugendliche vor, bei der aus einem Fehltag zwei werden, aus zwei Tagen eine Woche, und irgendwann traut sie sich gar nicht mehr in die Schule, weil die Lücken zu groß, die Scham zu stark, die Probleme zu Hause oder im Kopf zu belastend werden. Genau um solche Kinder und Jugendliche geht es beim Thema Schulabsentismus. Es geht nicht um bequeme Schulschwänzer, sondern um junge Menschen, die Hilfe brauchen.

Die betroffenen Kinder und Jugendlichen geraten oft in einen Teufelskreis. Wer lange fehlt, verliert den Anschluss, schämt sich, erlebt die Schule als Ort des Versagens und bleibt dann noch häufiger weg. Oft stecken dahinter psychische Belastung, Mobbing, familiäre Krisen, Armut oder chronische Erkrankungen - nicht Faulheit oder fehlender Wille. Genau hier wollen wir ansetzen: Schulabsentismus darf nicht vorschnell als bloße Schulverweigerung abgestempelt werden, sondern muss als Signal für Unterstützung verstanden werden.

Schulabsentismus ist leider kein Randphänomen. Aus der Praxis wird berichtet, dass unregelmäßige Schulpräsenz und Fehlzeiten zunehmen und die Anforderungen an frühzeitige Unterstützung wachsen. Der Landesrechnungshof hat im Kommunalbericht 2024 untersucht, wie in Niedersachsen mit Schulpflichtverletzungen umgegangen wird. In den geprüften Kommunen führten 3 177 Bußgeldbescheide gegen Schülerinnen und Schüler in 492 Fällen zu Jugendarrest, weil mildere Sanktionen nicht erfüllt wurden. Diese Verfahren entsprechen zwar der geltenden Rechtslage, aber aus pädagogischer und entwicklungspsychologischer Sicht bleiben sie problematisch. Bußgeld und Jugendarrest setzen an den Ursachen von Schuldistanz kaum an. Sie tragen selten dazu bei, junge Menschen nachhaltig wieder an Schule zu binden - im Gegenteil. In Familien mit geringen finanziellen Ressourcen verschärfen sie die Belastung zusätzlich und vergrößern die Distanz zur Schule.

Unser Antrag zieht daraus die Konsequenz. Unter dem Leitgedanken „Betreuen statt Einsperren“ soll Niedersachsen den Schwerpunkt klar auf präventive, ambulante und sozialpädagogische Ansätze legen und den Jugendarrest bei Schulabsentismus perspektivisch überwinden. Wir müssen uns die Frage stellen: Was hilft jungen Menschen in ihren individuellen Krisen wirklich? Ein Bußgeldbescheid für die Eltern, ein Arrestbeschluss? Oder eine verlässliche Beziehung, ein multiprofessionelles Team, ein Hausbesuch, ein kluger Übergang in eine andere schulische oder berufliche Perspektive?

Gute Praxis gibt es bereits heute, und an diese wollen wir anknüpfen. Im Landkreis Harburg gibt es zum Beispiel ein koordiniertes Verfahren zum Umgang mit Schuldistanz, das auf Unterstützung, Struktur und Kooperation setzt. Zudem hat Ministerin Julia Willie Hamburg die Schulsozialarbeit ausgebaut, multiprofessionelle Teams gestärkt und mit regionalen Initiativen wie dem Netzwerk Schulabsentismus

der Südniedersachsen-Stiftung vor Ort Strukturen geschaffen, die die Schulen unterstützen.

Zu den bereits bestehenden Modellen gehört unter anderem das ambulante Angebot „Comeback - Zurück in Schule“ mit aufsuchender Arbeit, Hausbesuchen und Elternberatung, das teilstationäre Angebot „Learning by Doing - Tu was“ für Jugendliche mit vollständigem Schulrückzug, die Spezialambulanz für Schulabsentismus in Göttingen sowie Pro Aktiv Center bei Arbeit und Leben und Jugendwerkstätten, die den Übergang von Schule zu Beruf begleiten und alternative Wege eröffnen.

Mit der heute vorliegenden EntschlieÙung schärfen wir diesen Kurs nach. Wir geben der Landesregierung das Mandat, gemeinsam mit Kommunen, Jugendämtern und Schulen ein landesweites koordiniertes Verfahren im Umgang mit Schulabsentismus zu entwickeln und dabei das Prinzip „Hilfe vor Sanktion“ verbindlich zu verankern. Bestehende Lösungsansätze werden ausgewertet und, wo sinnvoll, landesweit zugänglich gemacht.

Gleichzeitig bitten wir die Landesregierung, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, Jugendarrest als Reaktion auf Schulabsentismus zu überwinden und stattdessen präventive, ambulante, sozialpädagogische Angebote flächendeckend zu stärken. Das ist kein Angriff auf die Arbeit der Jugendarrestanstalten. Im Jahr 2025 wurden dort 335 schulabsente Schülerinnen und Schüler professionell und engagiert betreut. Es geht um eine klare pädagogische Neuausrichtung. Mit diesem EntschlieÙungsantrag machen wir deutlich: Wir wollen junge Menschen nicht durch BuÙgelder und Arrest verlieren, sondern sie durch Beziehung, Unterstützung und gute Pädagogik in die Schule zurückholen.

Bildung ist ein Grundrecht, das allen Menschen zugänglich sein soll. Wir wollen ein Niedersachsen, in dem kein Kind wegen Angst, Armut oder Überforderung aus dem Bildungssystem fällt. Helfen wir gemeinsam dabei, dass Schulabsentismus früh erkannt, klug bearbeitet und mit starken pädagogischen und sozialpädagogischen Angeboten beantwortet werden kann, damit jedes Kind die Chance auf einen guten Bildungsweg hat!

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.